



Wir wissen zwar nicht, wie es bei den Verhandlungen zum Schulfrieden im Hamburger Rathaus ausgesehen hat, aber Parallelen zu Verhandlungen im Rathaus zu Münster vor 400 Jahren wären nicht überraschend.

SCHULFRIEDEN 2

Störenfried statt Friedhofswärter

Die Rathausparteien, bis auf Die Linke, beschlossen eine Verlängerung des so genannten Schulfriedens – ein Maulkorb, den wir uns nicht verpassen lassen sollten

*Das Sichere ist nicht sicher,
so, wie es ist,
bleibt es nicht,
wenn die Herrschenden
gesprachen haben,
werden die Beherrschten
sprechen.
Wer wagt zu sagen:
niemals?*

Die Zeilen gehören zu dem Gedicht „Lob der Dialektik“, das Brecht zwischen 1926 bis 1933 schrieb; es meint die Überwindung des Faschismus⁴, aber auch die der kapitalistischen Verhältnisse insgesamt. Aber es

passt auch auf die etwas kleinere Nummer des Schulfriedens. Der wurde bekanntlich im Schulterschluss von den Rathausparteien geschlossen. Nur die LINKE stemmte sich dagegen. In einer couragierten Rede machte die LINKEN-Abgeordnete Sabine Boeddinghaus den Volksvertreterinnen in der Bürgerschaft klar, was sie da eigentlich beschlossen haben: Einen Maulkorb, der einer Demokratie nicht würdig sei! Einen Maulkorb also, um zu verhindern, darüber zu sprechen, dass das 2-Säulen-Modell die soziale Spaltung vo-

rantreibt und damit sich unser Schulsystem immer mehr von dem entfernt, was unter mehr Chancengleichheit zu verstehen ist. Der Senator konterte mit den Worten: „Aber heute wissen wir mehr. Studien zeigen, dass guter Unterricht nicht von der Schulstruktur abhängt, sondern von gut ausgebildeten und motivierten Lehrern“ und versuchte in Anspielung auf die Forderung der LINKEN-Fraktionschefin nach einer Schulstrukturdebatte auf diese Weise ihren Beitrag als anachronistisch hinzustellen: „Die Zeit ist ein bisschen darü-

ber hinweggegangen, Frau Boddingtonhaus“, so der Senator im ministrablen Ton.

Aber kommen wir zurück auf das Sichere, das nicht sicher ist. Meine Interviewpartnerin, die Erziehungswissenschaftlerin Mechthild Gomolla, spricht auf S. 34ff dieser hz-Ausgabe davon, dass wir in einer postmigrantischen Gesellschaft in Deutschland leben. Sie meint damit eine neue Qualität von Gesellschaftsstruktur, die es sich nicht leisten kann, dauerhaft einem großen Teil der Bevölkerung – sie spricht von einem Drittel – adäquate gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten zu verweigern. Das heißt, die Politik muss auf diese gesellschaftlichen Veränderungen reagieren. Sie muss erkennen, dass eine solche von Migration geprägte Gesellschaft über ein enormes Entwicklungspotenzial verfügt, aber nur, wenn Chancengleichheit gewährt wird. Kinder lernen durch Kinder! Diese Binsenweisheit ist im Zusammenhang mit Spracherwerb zentral und jedem einsichtig und damit vermittelbar. Bezogen auf die Zusammenführung unterschiedlicher Kulturen produziert dies aber bei Teilen der angestammten deutschen Bevölkerung Unsicherheit, ja Angst. Deshalb wird der Stammtisch hierzulande ähnlich wie Trump argumentieren und sagen: die sollen froh sein, dass sie überhaupt hier sein dürfen und wenn ihnen das nicht passt, sollen sie doch in ihre Elendsländer zurückkehren! Das mag für frisch Angekommene seine Wirkung nicht verfehlen, aber es geht mittlerweile um einen so großen Teil der Bevölkerung, der bereits in zweiter und dritter Generation hier lebt, deren Mitglieder sich damit dauerhaft nicht abspesen lassen werden. Es sei z.B. daran erinnert, dass jedes zweite Kind, das jetzt in Hamburg eingeschult wurde, einen Migrationshintergrund hat.

Dabei ist es ja richtig, dass seit

der Einführung der Stadtteilschulen die Zahl der Schüler_innen, die das Abitur geschafft haben, noch einmal deutlich gestiegen ist. Das geht nicht unwesentlich auch auf die Arbeit und das Engagement der Kolleg_innen an den Stadtteilschulen zurück. Ein Erfolg, der aber seinen Preis hat. Und den bezahlen die Schüler_innen der Stadtteilschulen, bzw. sie haben ihn schon bezahlt. Ich will gar nicht davon reden, dass ihr Notenschnitt im Abitur mehr als eine Note schlechter ist als der der Gymnasiast_innen, obwohl dies vor dem Hintergrund der Studienplatzvergabe durch Numerus clausus unmittelbar die Lebenschancen berührt. Bedeutender ist vielmehr, dass ihnen nach der vierten Klasse gesagt wurde, dass sie nicht gut genug seien fürs Gymnasium. Also nur zweite Wahl! Diese Demütigung tragen sie ein Leben lang mit sich herum und sie wird ihre Biografien prägen. Auch ganz direkt, was die Einordnung in das hierarchische Gefüge unserer Gesellschaft angeht. Denn die Zeiten, in denen jemand mit dem Abitur in der Tasche einen goldenen Sessel hingestellt bekam, wenn er in die Berufswelt eintrat, sind bekanntlich schon sehr lange vorbei. Im Wettbewerb um die knappen attraktiven Arbeitsplätze wird sich wieder mal zeigen, dass die Gewinner_innen diejenigen sind – Ausnahmen bestätigen die Regel –, die dem Kodex der Herrschenden am nächsten kommen. Und dies sind nun mal diejenigen, die eine Sozialisation genossen haben, die eben mit den Erwartungen und Einstellungen jener kompatibel sind, die das Sagen haben. Was in Bezug darauf schon in der Schule ab der ersten Klasse Gültigkeit hatte und seinen Kulminationspunkt in der Gymnasialempfehlung nach der vierten Jahrgangsstufe erfuhr, setzt sich genauso später im Berufsleben fort. Allein die von uns benutzten Begriffe von bildungsnah

und bildungsfern sind Beleg für das Präjudiz, dass es in unserem System ohnehin wenig bis keine Möglichkeiten gibt, soziale Schranken zu überwinden. Dieser Befund lässt sich in jeder Studie zum Thema ausmachen.

Jede_r weiß es, erst recht die Vertreter_innen der Parteien, die nun den Schulfrieden proklamiert haben, dass sich mit der Aufrechterhaltung des gegliederten Schulsystems die Verhältnisse perpetuieren, aber jeder und jedem ist auch klar, dass man damit langfristig den sozialen Frieden gefährdet. Denn gerade diejenigen, die in der Stadtteilschule gelernt haben, über den Tellerrand hinauszublicken, werden früher oder später – und dies haben vor noch gar nicht langer Zeit nicht zuletzt die Unruhen in Frankreichs Banlieues gezeigt, in denen die Abgehängten auch über gute Schulabschlüsse verfügen – Gerechtigkeit einfordern, die ihnen qua Verfassung zusteht. Dabei war der Kitt, der nicht zuletzt wegen der vermeintlichen oder tatsächlich vorhandenen Bildungschancen auch für Migrant_innen das System für eine lange Zeit zusammengehalten hatte, zum Sprengstoff geworden, weil die Betroffenen sich ihrer Benachteiligung bewusst wurden.

Wir sollten als Umsetzung unseres Anspruchs auf eine Gesellschaft, die in ihrem Grundgesetz die Gleichheit postuliert und die Würde eines jeden Einzelnen garantiert, genügend Engagement zeigen, um nicht Gefahr zu laufen, im konsensualen Einheitsbrei unterzugehen. Stattdessen: Finger in die Wunde, den Schulfrieden stören, wo dieser verhindert, dass etwas zusammenwächst, was zusammengehört. Das kann nur passieren, wenn Kinder nicht mehr repariert werden, sondern gemeinsam in einer Schule für alle lernen.

JOACHIM GEFFERS